



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Martina Fehner, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Anhörung „Öffentlicher Dienst – Nachwuchsinitiative Bayern 2040“

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird eine Anhörung „Öffentlicher Dienst – Nachwuchsinitiative Bayern 2040“ im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes durchgeführt. Gegenstand der Anhörung sollen die folgenden zentralen Themenbereiche sein:

- voraussichtlicher Bedarf an Nachwuchskräften für den öffentlichen Dienst im Freistaat bis 2040
- Sachstand, auf welchen kommunikativen Wegen gegenwärtig junge Menschen über die Berufsbilder und Chancen, die der öffentliche Dienst bietet, informiert werden
- Maßnahmen zur Optimierung der zielgruppenorientierten Information der nachwachsenden Generation über den öffentlichen Dienst (z. B. Social Media)
- Nutzung von sowohl ressortübergreifenden als auch ressortspezifischen Möglichkeiten, um auf die Jugend noch besser zuzugehen
- bestimmte Zielgruppen speziell in den Blick nehmen (z. B. Migrantinnen und Migranten)
- Initiativen zur Hebung der Attraktivität der Ausbildung sowie der Berufsbilder im öffentlichen Dienst

Geeignete Expertinnen und Experten gibt es beispielsweise in den Bereichen Medien und Kommunikation, bei Gewerkschaften, Verbänden und Personalvertretungen, in der Wissenschaft und der Hochschule für den öffentlichen Dienst, in Staatsverwaltung und Kommunen sowie bei der Bundesagentur für Arbeit.

Begründung:

Ein starker öffentlicher Dienst mit Berufsbeamtentum und Tarifbeschäftigten ist für die Menschen in Bayern unverzichtbar und auch ein entscheidender Standortfaktor für den Freistaat. Eine „Nachwuchsinitiative Bayern 2040“ für den öffentlichen Dienst dient einem dauerhaft handlungsfähigen Freistaat.

Allerdings herrscht Nachwuchs- und Fachkräftemangel nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern in der gesamten Volkswirtschaft. Im Jahr 2023 konnten 35 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland nicht besetzt werden. Dem Arbeitsmarkt geht jetzt und in den kommenden 15 Jahren mit der Generation der Babyboomer eine große Zahl an Erwerbspersonen verloren. Jüngere Altersgruppen werden das nicht ausgleichen können.

Die Konkurrenz um die besten Köpfe ist also groß. Bayern braucht deshalb eine „Nachwuchsinitiative Bayern 2040“, die perspektivisch bis ins Jahr 2040 reicht. Notwendig sind belastbare Bedarfsprognosen, welche und wie viele Nachwuchskräfte für den Freistaat erforderlich sein werden, und tragfähige Konzeptionen, wo diese Kräfte herkommen sollen. Zentral ist dabei, wie das Interesse junger Menschen für den öffentlichen Dienst geweckt werden kann.

Der öffentliche Dienst braucht in Konkurrenz zur freien Wirtschaft in erster Linie ein moderneres und positiveres Image. Die potenziellen Nachwuchskräfte sollten noch besser darüber informiert werden, dass der öffentliche Dienst schon heute interessante und sichere Arbeitsplätze bietet mit Laufbahn und Aufstiegsmöglichkeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, regelmäßiger Erhöhung der Beamtenvergütung bzw. der Tarifgehälter und mit attraktiven Pensionen. Influencer oder andere Lifestylejobs können das nicht bieten.

Antworten der Staatsregierung auf Anfragen der SPD-Fraktion haben ergeben, dass bereits jetzt sowohl in den einzelnen Ressorts als auch ressortübergreifend mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen für den öffentlichen Dienst geworben wird. Dennoch gibt es in einem dynamischen Arbeitsmarkt immer die Notwendigkeit und die Möglichkeit zur Verbesserung der Kommunikation gegenüber jungen Menschen.

Eine Anhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes kann somit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Nachwuchsgewinnung leisten.